

MODERNE ARMEE WIRD REALITÄT

Bundeswehr wird leistungsfähiger

Die umfassendste Modernisierung in der Geschichte der Bundeswehr hat begonnen. Am vergangenen Mittwoch präsentierte Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière die Grundzüge der Bundeswehrreform. Die christlich-liberale Koalition hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Organisation der Truppe stärker daran auszurichten, was die Bundeswehr im 21. Jahrhundert leisten muss. Nach Einschätzung des Verteidigungsministers tragen die Strukturen aus der Zeit des Kalten Krieges nicht mehr. „Wir haben zu viele Stäbe und damit auch zu viele Generalssterne. Wir haben zu viele Vorschriften und zu wenige Entscheidungen ohne Vorschrift.“ Vor diesem Hintergrund dankte der Minister seinem Amtsvorgänger, Karl-Theodor zu Guttenberg, für seinen Impuls zu einer weitreichenden Strukturreform der Bundeswehr: „Das ist sein Verdienst.“

Struktur richtet sich nach den Anforderungen

Ausgangspunkt der Bundeswehrreform ist die klare Definition des Auftrags an die Truppe der Zukunft. Daher veröffentlichte das Verteidigungsministerium ebenfalls vergangene Woche neue verteidigungspolitische Leitlinien. Darin bekennt sich die unionsgeführte Bundesregierung zu einer wertefundierten Verteidigungspolitik sowie zu Deutschlands globaler Verantwortung für Frieden und Wohlstand. Doch auch an einer zweiten wichtigen Voraussetzung für die neue Struktur der Bundeswehr ließ Verteidigungsminister de Maizière keinen Zweifel. „Auch Sicherheit muss bezahlt werden, und zwar vom Steueraufkommen. Das begrenzt zu Recht Ausgabenwünsche und zwingt zur Konzentration auf das Notwendige.“

Soldaten werden besser ausgebildet und effizienter eingesetzt

Das zentrale Kernstück der Reform bildet daher die Reduzierung auf weniger, aber umso besser ausgebildete und effizienter eingesetzte Soldaten. Künftig soll die Truppe fähig sein, sich mit 10.000 Frauen und Männern an bis zu zwei Einsätzen zu beteiligen; in einem der beiden Gebiete soll Deutschland auch Führungsverantwortung übernehmen können. Insgesamt soll es künftig maximal 185.000 Soldaten geben. Die relativ stärksten Einsparungen will de Maizière aber im Ministerium vornehmen. Hier will er die Effizienz erheblich steigern und die Strukturen deutlich verschlanken. Rund 1.500 der bisher 3.500 dortigen Stellen sollen daher gestrichen werden.

Unterdessen verurteilte de Maizière den jüngsten Terroranschlag auf die Bundeswehr in Afghanistan aufs Schärfste. Der Verteidigungsminister zeigte sich vom Tod eines deutschen Soldaten berührt: „Dieser Anschlag trifft uns alle ins Herz.“ Die Bundeswehr musste seit 2001 insgesamt 49 gefallene Soldaten betrauern. De Maizière zeigte sich jedoch von den Fortschritten der Mission in Afghanistan überzeugt: „Der Einsatz unserer Soldaten verpflichtet uns, in unserem Einsatz für Frieden nicht nachzulassen.“

ENERGIE FÜR DIE KOMMENDEN GENERATIONEN

Gemeinsamer Blick nach vorn

Union und FDP halten Wort: Bis Anfang Juni nutzen die Bundestagsabgeordneten der Koalition jede Gelegenheit, um über den Umstieg auf die Erneuerbaren Energien zu beraten. Bereits wenige Tage nach der Katastrophe von Fukushima hatte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel angekündigt: Die Entscheidung über die Zukunft der Energieversorgung Deutschlands wird erst nach einer angemessenen Zeit der Debatte fallen. Als erste der Koalitionsparteien hat nun die CSU ein eigenes Konzept zur Beschleunigung des Umstiegs auf regenerative Energieträger vorgelegt.

Bereits im Herbst des vergangenen Jahres hatte die christlich-liberale Koalition in ihrem Energiekonzept aufgezeigt, wie sie diesen Aufbruch meistern will. Das Papier beinhaltete die erste umfassende Konzeption für die deutsche Energieversorgung seit Jahrzehnten. Die Kernenergie war darin nur noch als Brückentechnologie bezeichnet worden. Nun setzen Union und FDP alles daran, den gemeinsam gewünschten Umstieg auf die Erneuerbaren Energien zu beschleunigen.

Union und FDP nehmen kritische Fragen ernst

Über Wochen berieten die Abgeordneten von Union und FDP in unzähligen Sondersitzungen über diese immense Herausforderung. Dabei herrschte große Einigkeit über das Ziel einer versorgungssicheren, bezahlbaren, risikoarmen und umweltverträglichen Energieversorgung. Für die christlich-liberale Koalition steht allerdings ebenso fest: Ein tragfähiges Konzept muss auch Antworten auf unangenehme Fragen geben. Intern diskutierten die Parlamentarier daher darüber, wie der zu erwartende Anstieg des Strompreises begrenzt werden könne. Immerhin arbeiten hunderttausende Bürgerinnen und Bürger für Unternehmen in der energieintensiven Wirtschaft. Auch die Fragen nach der künftigen Versorgungssicherheit sowie der CO₂-Bilanz möglicher neuer Kraftwerke werden intensiv bearbeitet.

Koalition stellt Weichen für Jahrzehnte

Union und FDP arbeiten also an einer realistischen Alternative zur heutigen Stromversorgung. Dabei stellen sie sich allen wirtschaftlichen, umweltrelevanten und technischen Herausforderungen, die eine Beschleunigung des Umstiegs auf Erneuerbare Energien mit sich bringt. Die Spitzen der christlich-liberalen Koalition sind sich sicher: Die Fortsetzung ihrer soliden und verlässlichen Politik wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger stärken. Das neue energiepolitische Gesamtkonzept der unionsgeführten Bundesregierung wird alle Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit widerlegen.

Für die Beschleunigung des Umstiegs auf Erneuerbare Energien zählt die christlich-liberale Koalition auf die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger. Denn klar ist: Nur wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen, kann dieses Großprojekt erfolgreich sein. Immerhin handelt es sich beim vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie um eine der wichtigsten politischen Weichenstellungen seit Jahrzehnten. Daher lässt die Koalition keinen Zweifel: Ohne die breite Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger kann und will sie diesen Schritt nicht gehen.